

Jens Hacke

Existenzkrisen der liberalen Demokratie. Aktuelle Phänomene und historische Parallelen¹

Nie war häufiger von der Krise der liberalen Demokratie die Rede als in diesen Monaten. Zwar wird man sagen können, dass es eine spezifische Eigenart der Demokratie als Regierungs- und Lebensform ist, auf Kritik angewiesen zu sein, Selbstkritik zu üben und immer auf dem Prüfstand zu stehen, aber man muss schon sehr weit zurückgehen, um ähnlich besorgte Bestandsaufnahmen wie heute zu finden.

Momentan schwappt aus dem angelsächsischen Raum eine Welle von Zeitdiagnosen zu uns herüber, die die Dramatik der Situation in grellen Farben ausleuchten.² Während in Deutschland in erster Linie „die Gegner“ diskutiert werden und die Beschäftigung mit dem Populismus vorherrschend ist, hat die angloamerikanische Politikwissenschaft sich nach Brexit und Trump schon der Aufgabe einer umfangreichen und kritischen Inventur zugewandt, nämlich nach den wunden Punkten im politischen System zu suchen, gesellschaftlich-kulturelle Problemfelder zu analysieren und die Versäumnisse der liberalen Demokraten aufzuarbeiten.

Welche Fehler hat „der Westen“ seit der Verkündung eines triumphalen Endes der Geschichte nach 1989 gemacht? Wie konnte es passieren, dass die parlamentarische Demokratie innerhalb weniger Jahre auch in ihren Kernländern in eine Defensivposition geraten ist? Was ist aus universalen libera-

1 Bei diesem Text handelt es sich um eine leicht überarbeitete Fassung der am 17. Juni 2018 im Konzerthaus Freiburg gehaltenen Dahrendorf-Lecture.

2 Einige Veröffentlichungen der letzten Monate will ich zur Illustration nennen: Yascha Mounk: Der Zerfall der Demokratie. Wie der Populismus den Rechtsstaat bedroht. München 2018; Timothy Snyder: The Road to Unfreedom. Russia, Europe, America. London 2018; Steven Levitsky/Daniel Ziblatt: Wie Demokratien sterben. Und was wir dagegen tun können. München 2018; Patrick Deneen: Why Liberalism failed. New Heaven/London 2018; Jan Zielonka: Counter-Revolution. Liberal Europe in Retreat. Oxford 2018; David Runciman: How Democracy ends. London 2018.

len Werten geworden? Was aus den supranationalen Ambitionen in der Europäischen Union oder aus kosmopolitischen Visionen?

Diese Fragen werden mittlerweile mit Dringlichkeit gestellt. Grassierender Rechtspopulismus, autoritäre Transformation, Amerikas Rückzug von der Rolle als westliche Führungsmacht – dies sind die allseits diskutierten Phänome. Damit verbunden ist vor allem ein Gefühl der Unsicherheit, das einen Vergleich mit der Zwischenkriegszeit für viele Beobachter nahelegt. In der Tat befand sich die Demokratie in den 1920/30er Jahren im wahrsten Sinne des Wortes in einer Existenzkrise. Sie kämpfte ums Überleben und ging in einigen Staaten spektakulär zugrunde.³

Dabei hatte es 1918/19 mit einem demokratischen Aufbruch begonnen, ein Aufbruch, der eigentlich erst die liberale Demokratie, wie wir sie kennen, begründete: Wegfall des Wahlzensus, Frauenwahlrecht, Aufwertung des Parlaments, Gewaltenteilung, Geburt des Wohlfahrtsstaates – diese Reformen wurde in vielen europäischen Staaten, übrigens auch in Westeuropa, erst nach 1918 ins Werk gesetzt.

Die liberale und soziale Demokratie wurde 1918 als Zukunftsversprechen empfunden. Aber sie geriet in den Nachwehen des Ersten Weltkrieges schnell unter Beschuss. Sie musste sich unter ungünstigen Umständen bewähren. Moritz Julius Bonn, einer der großen deutschen Liberalen jüdischer Herkunft, beschrieb in seinem Buch die „Krisis der europäischen Demokratie“ das Dilemma der Weimarer Demokratie als unverdiente Zwangslage, denn sie trug das Erbe des Kaiserreiches und wurde schließlich für die Kriegsfolgen unmittelbar verantwortlich gemacht.⁴ Liberale Demokraten hatten sich nicht nur gegen die Enthusiasten einer sozialistischen Revolution zu wehren, sondern vor allem und in unvorhersehbarer Weise gegen eine neue nationalistische Rechte. Der Faschismus als Ideologie einer Massenmobilisierung unter den Bedingungen einer sich rapide modernisierenden demokratischen Gesellschaft war ein völlig neues Phänomen, das auch der 1920 verstorbene Max Weber noch gar nicht vorhersehen konnte. Es ist zwar häufig diskutiert worden, inwiefern Webers Vorstellungen von einer „plebiszitären Führerdemokratie“ theoretisch den Weg zu autoritären Modellen bereitete. Unvorstellbar aber waren für Weber die Hochkonjunktur des Irrationalismus, die offene Propagierung von Gewalt und die antiparlamentarische Institutionenverachtung, die eine radikalisierte Rechte aggressiv gegen den demokratischen Rechtsstaat wendete.

Damit sind auch schon Punkte angesprochen, die vordergründige Parallelen zur heutigen Lage kenntlich machen. Wer will Weber anlasten, dass er

3 Vgl. als Überblick insgesamt Mark Mazower: Der dunkle Kontinent. Europa im 20. Jahrhundert. Frankfurt a. M. 2002, S. 17-67.

4 Moritz Julius Bonn: Die Krisis der europäischen Demokratie. München 1925.

keinen Sinn für die Gefährdung der Demokratie von rechts hatte, wenn wir heute eine ähnlich unvorhergesehene Erfahrung machen: Fake News, Rückbesinnung aufs Nationale (in Teilen sogar aufs Völkische), Antiparlamentarismus, Anfälligkeit für vereinfachende populistische Parolen – diese Regressionserscheinungen relativieren die Lerneffekte der Weltkriegsepoche doch sehr. Einst überwunden Geglauhtes kehrt nun im neuen Gewand zurück.

Insofern verwundert es nicht, dass seit der Finanzkrise 2008 der Vergleich mit Weimarer Verhältnissen als Schreckbild wieder allgegenwärtig scheint, denn zu den ökonomischen Krisenszenarien treten nun politisch-kulturelle Phänomene, die wie ein Déjà-vu-Erlebnis der Zwischenkriegszeit wirken. Aber Vergleichen heißt nicht Gleichsetzen, und die Geschichte mag zwar gewisse Entwicklungszyklen kennen, aber keine Wiederkehr des Gleichen. Es geht deswegen auch nicht darum, uns heute im „Schnellzug nach Weimar“ (Philipp Blom) zu sehen und ähnliche Untergangsszenarien zu imaginieren.⁵ Vielmehr macht es die Perspektive der politischen Theorie möglich, über ideengeschichtliche Zugänge strukturelle Fragen im liberalen Denken zu erörtern.

Nach wie vor bleibt es lohnend, sich mit liberalen Denkern dieser Zeit auseinanderzusetzen, um sich zu vergegenwärtigen, wie diese unter Druck argumentiert haben. Krisenzeiten sind produktive Phasen politischen Denkens, und die liberalen Demokraten von damals sind nicht deswegen gescheitert, weil sie den falschen Ideen anhängen, sondern weil sie sich zu wenig Gehör verschaffen konnten. Es ist eine banale Einsicht, dass in schwierigen Phasen nicht auf die Klügsten gehört wird. Deswegen ist es kein Widerspruch, dass die Demokratiedebatte der 1920/30er Jahre zu den niveauvollsten und lehrreichsten intellektuellen Kontroversen der politischen Ideengeschichte zählt.⁶ Ihre Erträge nur im Schatten des Jahres 1933 wahrzunehmen, käme einer doppelten und ungerechtfertigten Missachtung der demokratisch und liberal gesinnten Protagonisten von damals gleich.

Im Folgenden sind einige wesentliche Aspekte zu nennen, die zum Vermächtnis der Weimarer Liberalen zählen und die verspätet, nämlich nach 1945, politische Wirkung entfalteten. Dabei verwende ich einen umfassenden Begriff des Liberalismus, der sich nicht auf die Parteigänger des organi-

5 Vgl. den überaus anregenden Essay von Philipp Blom: Was auf dem Spiel steht. München 2017, hier S. 103 ff.

6 In diesem Sinne bereits Michael Stolleis: Geschichte des öffentlichen Rechts in Deutschland. Bd. 3: Staats- und Verwaltungsrechtswissenschaft in Republik und Diktatur 1914-1945. München 1999, S. 414. Zur Würdigung des demokratischen Denkens vgl. insbesondere Christoph Gusy (Hrsg.): Demokratisches Denken in der Weimarer Republik. Baden-Baden 2000 sowie Kathrin Groh: Demokratische Staatsrechtslehre in der Weimarer Republik. Von der konstitutionellen Staatsrechtslehre zur Theorie des modernen Verfassungsstaats. Tübingen 2010.

sierten politischen Liberalismus beschränkt, sondern die Fürsprecher und Verteidiger der liberalen Demokratie insgesamt umfasst, also durchaus auch Denker mit einbezieht, die wie die Staatsrechtler Hans Kelsen und Hermann Heller der Sozialdemokratie zugerechnet werden, oder diejenigen, die wie Ernst Troeltsch und Max Weber das liberale Bürgertum zur egalitären Massendemokratie hin öffneten.

Liberalismus und Demokratie

Die liberale Demokratie, die man nach 1918 Massendemokratie nannte, gab es vorher nicht. Dazu war der Abbau von Klassen- und Geschlechterschranken ebenso notwendig wie die Ausweitung der demokratischen Staatsaufgaben. Die Verbindung von Liberalismus und Demokratie war also alles andere als naturgegeben. Im Gegenteil, der Liberalismus tat sich im langen 19. Jahrhundert äußerst schwer mit dem demokratischen Gedanken. Allgemeinem Wahlrecht, Volkssouveränität und umfassenden Gleichheitsbestrebungen standen bürgerliche Liberale in der Regel skeptisch gegenüber. Ebenso wie John Stuart Mill beharrte Max Weber auf den Eigentums- und Bildungsprivilegien der bürgerlichen Schichten. Anders als Mill, der politische Mitbestimmung an einen staatsbürgerlichen Eignungstest knüpfte und für ein ungleiches Pluralwahlrecht eintrat, sah der Realist Weber nicht nur die Notwendigkeit einer Elitenherrschaft, sondern hielt – eher Alexis de Tocqueville folgend – an der Unausweichlichkeit einer allgemeinen Demokratisierungsbewegung fest. Politische Mitbestimmungsrechte konnten seiner Auffassung nach nicht hierarchisch abgestuft werden, da weder Zensusbestimmungen noch Bildungsprivilegien schlüssige Begründungen lieferten, das Prinzip „one man, one vote“ zu missachten. Weber war der Überzeugung, dass man den heimkehrenden Soldaten und den Frauen das freie und gleiche Wahlrecht nicht weiter vorenthalten könne. Er sah allerdings – und dieser Punkt ist wichtig – die Besitz- und Bildungstitel weiterhin bei den bürgerlichen Eliten. Mit Blick auf die Vereinigten Staaten wusste Weber, dass die Gewährung demokratischer Partizipationsrechte noch lange keine Einebnung gesellschaftlicher Unterschiede bedeuten würde. Das zugestandene Wahlrecht kompensierte die fortbestehende soziale und politische Benachteiligung. Eine solche Position mag uns heute moralisch nicht gefallen; sie warb aber realistisch und nachhaltig um die Anerkennung der Demokratie im Bürgertum.

Weber war eine Übergangsfigur. Das zeigt sich auch daran, dass er ähnlich wie einst Tocqueville die Demokratie für zukunftsweisend hielt. Demokratisierung hieß für ihn Parlamentarisierung. Es ging um eine Regierungs-

methode, um Führerauslese und um Legitimation im Sinne demokratischer Zustimmung.

Ein solcher Begriff von Demokratie war mit Blick auf die Normen der Weimarer Reichsverfassung und die in den Vordergrund drängenden sozialen Fragen (die Weber wenig interessierten) schnell überholt. Die Demokratie konnte nicht lediglich als ein System der Elitenrekrutierung verstanden werden, sondern brauchte zusätzliche Legitimationsgründe. Vor allem musste die parlamentarische Demokratie ihre Leistungsfähigkeit unter Beweis stellen und dies gegen konkurrierende Auffassungen von Demokratie tun: identitäre Demokratievorstellungen rousseau'scher Prägung, sozialistische Räte-demokratie, nationale Führerdemokratie oder gar völkische Demokratie.

Es waren sozialdemokratische und liberale Denker wie Hugo Preuß, Kelsen, Heller oder Bonn, die in ihren Schriften und Reden den Erweis erbringen wollten, dass nur die parlamentarische Demokratie praktikabel und zudem nur sie in der Lage ist, durch Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit individuelle Freiheiten zu sichern. Hier wurde in der deutschen Debatte zum ersten Mal klar artikuliert, was später für das politische Selbstverständnis in Westdeutschland nach 1945 prägend werden sollte. Preuß hatte die republikanische Idee des Volksstaates (nur ein anderes Wort für Demokratie) bereits in seinem heute wieder zu entdeckenden Buch „Das deutsche Volk und die Politik“ (1915) verankert und forderte die Bürger darin zur aktiven Gestaltung bürgerlicher Selbstregierung auf.⁷ Hans Kelsen sah „Wesen und Wert der Demokratie“ (1929) vor allem in der Verwirklichung des sozialen Friedens, in der Fähigkeit, Ausgleich und Kompromiss in Klassen- und Interessenkonflikten zu finden.⁸ Außerdem machte er den Charakter der demokratischen Mischverfassung deutlich: Parlamentarismus war ein Überbleibsel aus ständischen Zeiten, hatte sich aber als anpassungsfähig erwiesen. Der Gedanke der Repräsentation lag dabei quer zu idealen Vorstellungen von Volkssouveränität: Beides enttarnte er als nützliche Fiktionen, aber man müsse sich klar machen, dass es den einen ungeteilten Volkswillen eben nicht gebe. Oder wie Jürgen Habermas es sieben Jahrzehnte später ausgedrückt hat: „Das Volk, von dem alle staatliche Gewalt ausgehen soll, bildet kein Subjekt mit Willen und Bewusstsein. Es tritt nur im Plural auf, als Volk ist es im ganzen weder beschluß- noch handlungsfähig.“⁹

Im Unterschied zum skeptischen Kelsen, der den Gedanken der sozialen Gleichheit ausdrücklich zurückwies, beharrte Heller auf der Leitidee einer

7 Hugo Preuß: Das deutsche Volk und die Politik. Jena 1915. Vgl. siehe jetzt Michael Dreyer: Hugo Preuß. Biografie eines Demokraten. Stuttgart 2018.

8 Jetzt erfreulicherweise neu aufgelegt: Hans Kelsen: Vom Wesen und Wert der Demokratie. Stuttgart 2018.

9 Jürgen Habermas: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Frankfurt a. M. 1998, S. 607.

zumindest relativen sozialen und kulturellen Homogenität.¹⁰ Die soziale Demokratie, die Heller mit Rechtsstaatlichkeit und Parlamentarismus verbinden wollte, musste für Verteilungsgerechtigkeit und eine breite gesellschaftliche Mitte sorgen, um stabil zu bleiben. Moritz Julius Bonn, der einzige Nichtjurist unter den Genannten, steuerte die Idee eines sozialen Pluralismus bei¹¹; ihm ging es vor allem um den Schutz und die Rechte von Minderheiten, ob politisch, sozial oder ethnisch. Demokratische Mehrheitsentscheidungen hatten Grenzen und durften aus seiner Sicht nie diskriminierend ausfallen.

Drei Lehren aus Weimar

Libérale Demokraten mussten damals Antworten auf spezifische Herausforderungen ihrer Zeit finden. Auf drei Problemfelder ist dabei kurz einzugehen: 1. die Bedrohung durch Faschismus und Totalitarismus, 2. die Gefahr einer Abschaffung der Demokratie mit demokratischen Mitteln, 3. die Einhegung des Kapitalismus.¹²

Erstens - Faschismus und Totalitarismus: Es ist viel über die Anfälligkeit des Bürgertums für antiliberalen Autoritarismus in den 1920/30er Jahren geschrieben worden. Auch liberale Publizisten wie Theodor Wolff und Emil Ludwig waren von Mussolini fasziniert.¹³ Weniger bekannt ist, dass liberale und sozialdemokratische Denker schon sehr früh und klarsichtig den Faschismus analysierten. Sie entwickelten bereits eine Vorform der Totalitarismustheorie, die auf die Ähnlichkeiten zwischen Leninismus und italienischem Faschismus aufmerksam machte: die Triebfeder der Ideologie, der Antiparlamentarismus und Antiliberalismus, die Wende zum Einparteienstaat und zum Führerprinzip, die neuen Propagandatechniken, die rücksichtslose Gewaltbereitschaft und die Militarisierung des öffentlichen Lebens – diese Gemeinsamkeiten ließen sie eine erstaunliche Kongruenz zwischen „Zwillingsbrüder[n] des gleichen politischen Geistes“ (Heller) erkennen.¹⁴

Nicht nur wiesen Gelehrte wie Bonn und Heller auf die gefährliche Suspendierung des Rechtsstaats in Italien hin, sie zeigten zudem genau, wie

10 Hermann Heller: Politische Demokratie und soziale Homogenität (1928). In: Ders.: Gesammelte Schriften. Bd. 2. 2. Aufl. Tübingen 1992, S. 421-433.

11 Bonn: Krisis der europäischen Demokratie (wie Anm. 4), S. 150 f.

12 Näher ausgearbeitet finden sich diese Aspekte in: Jens Hacke: Existenzkrise der Demokratie. Zur politischen Theorie des Liberalismus in der Zwischenkriegszeit. 3. Aufl. Berlin 2018.

13 Vgl. Wolfgang Schieder: Das italienische Experiment. Der Faschismus als Vorbild in der Krise der Weimarer Republik. In: Ders.: Faschistische Diktaturen. Studien zu Italien und Deutschland. Göttingen 2008, S. 149-184.

14 Hermann Heller: Was bringt uns eine Diktatur? In: Ders.: Gesammelte Schriften (wie Anm. 10), Bd. 2, S. 435-442, hier S. 437.

Mussolini unter dem „Schein der Legalität“ den Staat umbaute und wie es ihm gelang, mit einer Mischung aus brutaler Einschüchterung und geschickter Einbindung der Eliten seine Herrschaft zu sichern. Dass solche Taktiken der „Machtergreifung“ einer Minderheit auch für Deutschland eine Gefahr darstellten, war evident. Und dass programmatische Konsistenz keine Rolle spielte, sondern im Zweifel Opportunismus regierte, darüber bestand für beide Autoren kein Zweifel.¹⁵

Allerdings erkannten diese ersten Studien über den Faschismus auch, dass dieser nur aufgrund spezifischer psychosozialer und ökonomischer Bedingungen erfolgreich sein konnte. Er war ein Reaktionsphänomen, das die Defizite liberaldemokratischen Regierens ausnutzte. Zum einen instrumentalisierte er die mentale Verrohung in den Nachkriegsgesellschaften, indem er auf eine Strategie des latenten (oder auch offenen) Bürgerkrieges setzte. Zum anderen hatte der Faschismus ein Gespür für die Schwachstellen der liberalen Demokratie: Dem Rationalismus, welcher dem Ideal des parlamentarischen Interessen- und Meinungsausgleichs durch Kompromiss zugrunde lag, setzte er den irrationalistischen Glauben an den nationalen Mythos und die Führungskraft des Duce entgegen. Die Lehre, die daraus zu ziehen war, lautete: Auch die Demokratie musste die Emotionen ansprechen, brauchte republikanischen Geist und Opferbereitschaft. Sie war kein rein vernunftgesteuertes Projekt, das gleichsam von selbst funktionierte.

Zweitens - Wie sollte man also die Demokratie verteidigen und sicherer machen, um der Gefahr demokratischer Selbstabschaffung zu entgehen? Auch wenn die Denkfigur von der quasidemokratischen Überwindung der Demokratie weit mehr dem faschistischen Mythos und der nationalsozialistischen Propaganda, aber nicht der politischen Realität entsprach – ihre Wege zur Macht waren eher durch eine Mischung aus Staatsstreich, Scheinlegalität und Terror geprägt –, so beschäftigte die Möglichkeit, dass die Demokratie an der von ihr gewährten Freiheit zugrunde ging, die liberalen Fürsprecher Weimars. Sie diskutierten die destruktive Möglichkeit einer drohenden negativen antidemokratischen Mehrheitsbildung.

Hans Kelsen nahm die provokante Position ein, dass die Demokratie ihre Selbstaufhebung nicht verhindern könne, weil sie nicht ihr tragendes Prinzip „Mehrheit entscheidet“ verletzen dürfe.¹⁶ Das einzige, was ihr bleibe, sei die nachhaltige Pflege einer demokratischen Kultur, um ihre Bestandsbedingun-

15 Vgl. Moritz Julius Bonn: Schlußwort. In: Carl Landauer/Hans Honegger (Hrsg.): Internationaler Faschismus. Beiträge über Wesen und Stand der faschistischen Bewegungen und über den Ursprung ihrer leitenden Ideen und Triebkräfte. Karlsruhe 1928, S. 127-150; Hermann Heller: Europa und der Faschismus (1929/31). In: Ders.: Gesammelte Schriften (wie Anm. 10), S. 463-609.

16 Hans Kelsen: Verteidigung der Demokratie (1932). In: Ders.: Verteidigung der Demokratie. Abhandlungen zur Demokratietheorie, hrsg. von Matthias Jestaedt und Oliver Lepsius. Tübingen 2006, S. 229-237.

gen zu sichern. Demgegenüber forderten andere liberale Demokraten entschlossenes staatliches Handeln gegenüber Verfassungsfeinden. Der Jurist und Max-Weber-Schüler Karl Loewenstein erfand im amerikanischen Exil schließlich die Formel von einer „militant democracy“ und rekurrierte damit auf Überlegungen, die er 1931 auf der Staatsrechtslehrertagung in Halle vorgetragen hatte.¹⁷ Dort hatte er bereits gefordert, dass der Staat Maßnahmen zum Schutz der Republik ergreifen müsste: Parteienverbote, Bestrafung von Hochverrat, Verbot von Waffenbesitz, Einschränkung der Grundrechte. Sein Konzept aktualisierte in Zeiten der Präsidiakabinette den Diktaturgedanken, weil es Loewenstein darum ging, den Staat im Ausnahmezustand handlungsfähig zu machen. Anknüpfend an die klassischen Befugnisse eines Diktators, der Maßnahmen ergreift, um die Republik im Notstand vor Bürgerkrieg oder äußerer Gefahr zu bewahren, warb der Verfassungsrechtler für eine „notwendige Machtkonzentration in den Händen der Exekutive und die Aussetzung der Grundrechte“. Zwar plädierte er für eine disziplinierte und autoritäre Demokratie, aber er vermied die zeittypische Personalisierungstendenz: Nicht eine Führerfigur, sondern ein Kollektiv bestehend aus „liberal-minded men“ sollte die totalitäre Bedrohung abwenden und die parlamentarische Demokratie stabilisieren.¹⁸ Gleichzeitig erkannte er natürlich die Wirkungslosigkeit solcher Forderungen, wenn sich die Demokratie schon in einem bedrohten Zustand befand. Dann würde es nämlich zunehmend utopisch, noch Mehrheiten für die Stärkung der demokratischen Wehrhaftigkeit zu finden. Die beste Prävention gegen den Zerfall der Demokratie – da stimmte er mit Kelsen überein – sei die gelebte Praxis einer politischen Kultur der Demokratie.

Die liberale Thematisierung der „wehrhaften Demokratie“ beinhaltet also beides: das Nachdenken über Maßnahmen zum Schutz von Staat und Verfassung und zugleich eine Betonung demokratischer Normen. Denn angesichts existentieller Bedrohung durch Gewaltregime gewann für Liberale die demokratische Lebensform als zivilisatorische Errungenschaft der Moderne an Gewicht. Charakteristisch dafür war der neuerliche Rekurs auf den Humanismus und die Menschenrechte. Thomas Mann, übrigens mit Karl Loewenstein gut bekannt und im engen persönlichen Austausch, hatte schon 1935 für einen „militanten Humanismus“ plädiert¹⁹, und kurz vor dem Zwei-

17 Karl Loewenstein: Diskussionsbeitrag. In: Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer. Heft 7: Verhandlungen der Tagung der Deutschen Staatsrechtslehrer zu Halle am 28. und 29. Oktober 1931. Berlin/Leipzig 1932, S. 192-194; ders.: Militant Democracy and Fundamental Rights (I + II). In: American Political Science Review 31 (1937), S. 417-432, 638-658.

18 Loewenstein: Militant Democracy (wie Anm. 17), S. 432, 657.

19 Thomas Mann: Achtung Europa! (1935). In: Ders.: Essays. Bd. 4: Achtung Europa! 1933-1938 hrsg. von Hermann Kurzke und Stephan Stachorski. Frankfurt a. M. 1995, S. 147-160.

ten Weltkrieg findet sich bei ihm auch die Wendung von der „militanten Demokratie“, „die sich des Zweifels an sich selbst entschlägt, die weiß, was sie will, nämlich den Sieg, welcher der Sieg der Gesittung ist über die Barbarei“. Denn „der Freiheitsbegriff der Demokratie“ dürfe „nicht auch die Freiheit umfassen, die Demokratie ums Leben zu bringen, er darf nicht den Todfeinden der Demokratie freies Wort und freie Hand geben“.²⁰ Das Bekenntnis zu Werten und die Frontstellung gegen den Totalitarismus schufen deshalb den neuen *common ground* für einen demokratischen Liberalismus.

Drittens - Verändert hatte sich auch die liberale Vorstellung von Ökonomie und Gesellschaft. Beschleunigte Modernisierungserfahrungen sowie politischer und kultureller Wandel sorgten dafür, dass die liberale Demokratie ganz neue Gestaltungsräume für die Politik erschloss. Aus dem *warfare state* hatte sich nach 1918 rasch der Wohlfahrtsstaat entwickelt, der aufgrund ausgeweiteter Verantwortlichkeiten Sozial- und Wirtschaftspolitik mitgestalten musste. Dem konnten sich auch Liberale nicht entziehen. Das Ende des Laissez-faire verkündete John Maynard Keynes spätestens 1925 in seiner epochalen Rede²¹, aber dieses Faktum war den meisten liberalen Denkern schon vorher klar. Der Markt war kein Naturgesetz, sondern eine geregelte Ordnung. Die Umstellung von Kriegs- auf Friedenswirtschaft und die Bewältigung der Kriegsfolgen verlangten einen aktiven Staat, keinen „Nachtwächter“. Im Begriff des Sozialliberalismus bündelte sich das progressive Potential, das erst einmal für intellektuelle Aufbruchsstimmung, in der Weltwirtschaftskrise aber schließlich für Überforderung sorgte.²²

Liberale wie Moritz Julius Bonn wiesen frühzeitig darauf hin, dass sich Demokratien auch durch ihre Leistungsfähigkeit legitimierten und – neudeutsch politikwissenschaftlich – auf ihre Output-Legitimität zu achten hätten. Er plädierte für einen „demokratischen Kapitalismus“, dessen Produktivität der breiten Masse zu Gute komme.²³ Seine Kritik galt den industriellen und wirtschaftlichen Eliten, deren fehlenden demokratischen Sinn er leidenschaftlich kritisierte. Wenn er die Tendenz anprangerte, dass sie sich darum

20 Thomas Mann: Das Problem der Freiheit (1939). In: Ders.: Essays. Bd. 5: Deutschland und die Deutschen 1938-1945. Frankfurt a. M. 1996, S. 54-74, hier S. 71.

21 John Maynard Keynes: Das Ende des Laissez-faire. Ideen zur Verbindung von Privat- und Gemeinwirtschaft (1926). 2. Aufl. Mit einem Vorwort von Peter Kalmbach und Jürgen Kromhardt. Berlin 2011.

22 Kritisch zum Begriff des Sozialliberalismus: Ludwig von Mises: Sozialliberalismus. In: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 81 (1926), S. 242-278; zum weiteren Kontext siehe Tim B. Müller: Die Geburt des Sozial-Liberalismus aus dem Geist der Verwaltung. In: Anselm Doering-Manteuffel/Jörn Leonhard (Hrsg.): Liberalismus im 20. Jahrhundert. Stuttgart 2015, S. 127-155.

23 Vgl. dazu detaillierter Jens Hacke: Demokratischer Kapitalismus. Moritz Julius Bonns Defizitanalyse der wirtschaftlichen Ordnung in der Weimarer Republik. In: Ders./Ewald Grothe (Hrsg.): Liberales Denken in der Krise der Weltkriegsepoche – Moritz Julius Bonn. Stuttgart 2018, S. 93-106.

bemühen, die Gewinne selbst einzuheimsen, aber die Verluste zu sozialisieren, dann finden wir hier ein Muster, das uns an jüngere Entwicklungen in der Autoindustrie oder an die Banken- und Finanz(markt)krise von 2008 erinnert. Nur nannte man das damals noch nicht „Neoliberalismus“.

Es ist ebenfalls daran zu erinnern, dass die Ursprünge des Ordoliberalismus in der Weimarer Debatte zu finden sind. Junge Wirtschaftswissenschaftler wie Walter Eucken, Wilhelm Röpke und Alexander Rüstow verfassten Anfang der 1930er Jahre erste wichtige Aufsätze, um eine liberale Ordnungsökonomik zu entwickeln, die eine aktive Rolle des Staates vorsah.

Diese Ideen – Antitotalitarismus, wehrhafte Demokratie, Einhegung des Kapitalismus durch den demokratischen Staat – konnten Weimars Schicksal nicht abwenden. Aber sie waren trotzdem wirkungsreich, denn sie kehrten über das Exil nach 1945 zurück nach Deutschland. Sie zeigen uns auch, dass der Liberalismus und die liberale Demokratie bestimmten geschichtlichen Wandlungen unterliegen.²⁴ Die Haltung von Liberalen kann sich nicht damit begnügen, den Stein der Weisen ein für alle Mal gefunden zu haben. Vielmehr geht es darum, die tragenden Werte von Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und sozialer Verantwortung immer wieder neu an die Herausforderungen der Gegenwart anzupassen.

Die Demokratiedebatte der Zwischenkriegszeit gehört fraglos zu den Sternstunden der politischen Ideengeschichte. In der Auseinandersetzung mit den Vordenkern der liberalen Demokratie lässt sich der existenzielle Ernst der damaligen Situation nachempfinden. Die Einsichten der damaligen prorepublikanischen Streiter bleiben deswegen aktuell, weil sie uns daran erinnern, wie voraussetzungsreich und fragil das Projekt der liberalen Demokratie bis heute tatsächlich ist.

Historische Parallelen?

Die Frage, die sich aufdrängt, aber kaum erschöpfend zu beantworten ist, lautet: Inwiefern unterscheiden sich heutige Krisensymptome von der damaligen Lage? Was nützen uns die oberflächlichen Ähnlichkeiten von Populismus, Antiparlamentarismus und Antiliberalismus, wenn wir daraus keine anwendbaren Rezepte ableiten können?

Zunächst einmal sollte uns der Blick auf die dramatische Krise der Demokratie vor gut neun Jahrzehnten Nüchternheit lehren. Was damals als ein völlig neuartiges und anspruchsvolles Experiment nach wenigen Jahren scheiterte, ist nicht zu vergleichen mit einer mittlerweile doch gefestigten demokratischen Kultur, die sich über siebzig Jahre hat entwickeln und Erfahrung

24 Vgl. dazu auch Edmund Fawcett: *Liberalism. The Life of an Idea*. Princeton 2014.

gen sammeln können. Eine solche Entdramatisierung soll keineswegs zur Selbstzufriedenheit und Untätigkeit verleiten, aber es ist doch wichtig, unangeregt auf strukturelle und sachliche Probleme in westlichen Demokratien zu schauen, anstatt sich von populistischen Provokationen die Themen diktieren zu lassen.

Natürlich ist es heute mit dem Lippenbekenntnis zur liberalen Demokratie allein nicht getan. Sie wäre nicht in gefährdeter Lage, wenn sie keine Schuld an ihrem derzeitigen Zustand trüge, und das Register der Fehlentwicklungen ist lang: die Technokratie der Europäischen Union, die neoliberale Inkaufnahme wachsender sozialer Ungleichheit, die unzureichende Regelsetzung für den Finanzkapitalismus, die verspäteten Anstrengungen sozialer und politischer Integration von Zuwanderern, die Versäumnisse in der Prävention globaler Migration sowie der mediale und digitale Wandel, der eine Entflechtung verlässlicher Information mit sich bringt und zur Selbstverstärkung von Ideologisierungen führt. Neben diesen allgemeinen Punkten ist insgesamt der in den letzten Wochen und Monaten spürbare Gezeitenwandel der internationalen Beziehungen zu nennen. Auch hier ist die nach 1989 ausgegrufene „neue Weltordnung“ so fern wie nie, statt kosmopolitischer Vision und multilateraler Kooperation erleben wir das Comeback nationaler Macht- und Interessenpolitik. All dies führt besonders in den Staaten des Westens zu Verlustängsten: Sicherheit und Wohlstand der letzten Jahrzehnte können nicht mehr für selbstverständlich genommen werden.

Fern davon, programmatische Lösungsvorschläge für gegenwärtige Probleme geben zu können – das liegt sowieso außerhalb der Zuständigkeit politischer Theoretiker –, kann man sich fragen, was Ralf Dahrendorf heute zur gegenwärtigen Lage der Demokratie gesagt hätte.²⁵ Während einer in vielerlei Hinsicht alarmistischen Debatte über die Krise der Demokratie Mitte der 1970er Jahre, als sich die westliche Welt mit den Auswirkungen der Studentenproteste, dem kulturellen Wandel und dem Ende des Nachkriegsbooms auseinandersetzte, behielt er kühlen Kopf. Weder wollte er in die Abgesänge auf den Spätkapitalismus einstimmen, noch die konservative Skepsis teilen, dass demokratische Staaten sich einem Stadium der Unregierbarkeit annäherten. Dahrendorf agierte als Kommentator des seinerzeit von der trilateralen Kommission vorgelegten, aufsehenerregenden Forschungsberichts „Crisis of Democracy“, in dem Samuel Huntington, Michel Crozier und Joji Watanuki Bestandsaufnahmen aus amerikanischer, europäischer und japanischer

25 Zu Dahrendorf vgl. jetzt Franziska Meifort: Ralf Dahrendorf. Eine Biographie. München 2017 sowie Thomas Hertfelder: Neoliberalismus oder neuer Liberalismus? Ralf Dahrendorfs soziologische Zeitdiagnostik im späten 20. Jahrhundert. In: Ders./Frank Bösch/Gabriele Metzler (Hrsg.): Grenzen des Neoliberalismus. Der Wandel des Liberalismus im späten 20. Jahrhundert. Stuttgart 2018, S. 261-294.

Perspektive lieferten.²⁶ In seinem Statement setzte er sich von den Kassandrarufern der Politikwissenschaft ab und beharrte darauf, die spezifischen Stärken liberaler Demokratien zu akzentuieren. Es gehöre zu den Merkmalen der Demokratie, auf klare Vorschriften oder die Exekution von Plänen im ökonomischen, sozialen und politischen Bereich zu verzichten. Im Gegensatz zu autoritären Gesellschaften verfügten sie über flexible Institutionen, die durchaus in der Lage seien, sich an neue Herausforderungen anzupassen. In dieser Flexibilität liege ihre eigentliche Stärke.²⁷

Beim Wiederlesen des späten Dahrendorf bleibt es ganz erstaunlich, wie viele ahnungsvolle Zwischentöne darin zu vernehmen sind. Dahrendorf war beileibe niemand, der es sich bequem machte, aber als guter Liberaler sprach er sich und anderen immer wieder Hoffnung zu. Mit Sorge sah er die Schwächung des Parlamentarismus, er kritisierte die Auswüchse des Finanzkapitalismus und mahnte (als „Radikalliberaler“ wohlgermerkt) den Zusammenhalt der Gesellschaft an.²⁸ Auch die Gefahr des Populismus sah er bereits am Horizont und charakterisierte ihn mit ebenso einfachen wie treffenden Formeln: „Populismus ist immer einfach“ und „im Kern antiparlamentarisch“, aber „Demokratie ist komplex“.²⁹

Dahrendorf bewahrte sich das Vertrauen in die Kreativität der Bürger und forderte den Mut zur Veränderung. Er wusste, dass Ideen nicht zwanghaft originell sein müssen. Während Legionen von politischen Theoretikern über die normative und prozedurale Vertiefung der Demokratie nachdachten und dabei den Kontakt zur Wirklichkeit verloren, begnügte sich Dahrendorf damit – wie z.B. 1989 –, die richtigen Ideen zu bekräftigen.³⁰ Es war schwer genug, sie immer wieder an neue Realitäten anzupassen.

Man kann von ihm lernen, dass das politische Denken wertebezogen bleiben sollte, aber vor allem konstellationsabhängig ist. In vielerlei Hinsicht ist Dahrendorf damit ein Enkel von Moritz Julius Bonn, der zu den lange übersehenen großen Liberalen der Weimarer Jahre zählt. Wie Dahrendorf dachte Bonn Gesellschaft, Wirtschaft und Demokratie immer zusammen; es ging beiden stets um die Balancierung liberaler Ideen wie Freiheit und Chancengleichheit, Rechtsstaatlichkeit und bürgerliche Selbstregierung, nicht um die Befolgung eines doktrinären Liberalismus. Dahrendorf hätte als gebranntes Kind des 20. Jahrhunderts jedem Vergleich mit der Zwischenkriegszeit skept-

26 Michel Crozier/Samuel Huntington/Joji Watanuki: *The Crisis of Democracy. Report of the Governability of Democracies to the Trilateral Commission.* New York 1975.

27 Ebenda, S. 188-195.

28 Vgl. insbesondere Ralf Dahrendorf: *Die Krisen der Demokratie. Ein Gespräch.* München 2002; ders.: *Der Wiederbeginn der Geschichte. Vom Fall der Mauer zum Krieg im Irak. Reden und Aufsätze.* München 2004.

29 Dahrendorf: *Der Wiederbeginn* (wie Anm. 28), S. 318.

30 Ralf Dahrendorf: *Betrachtungen über die Revolution in Europa.* 2. Aufl. Stuttgart 1991, S. 26 f.

tisch gegenüber gestanden. Das Erbe des aus dieser Epoche hervorgegangenen Liberalismus hat er allerdings angenommen. Denn auch Dahrendorf ging es um eine liberale Demokratie, die zwar der Entfaltung persönlicher Freiheit dient, aber die soziale Bedingtheit dieser Freiheit stets im Auge hat. Der Erfolg der liberalen Demokratie, das wusste Dahrendorf, hängt von ihrem Sinn für soziale Ungleichheit ab. Sie muss Lebenschancen ermöglichen und ihre sozialmoralischen Ressourcen pflegen. Vielleicht war Dahrendorf gegen Ende seines Lebens ja sogar ein „republikanischer Liberaler“³¹, der erkannt hatte, dass die Demokratie eben doch kein kaltes Projekt ist, sondern die Pflege des Gemeinsamen ebenso braucht wie den Glauben an sich selbst.

31 Vgl. Herfried Münkler: Sozio-moralische Grundlagen liberaler Gemeinwesen. Überlegungen zum späten Ralf Dahrendorf. In: *Mittelweg* 36, 19 (2010), Heft 2, S. 22-37.

